



**Protokollnotiz
zur CDU-Resolution
zum Gemeindefinanzierungsgesetz**

**Fraktion
im Gemeinderat Havixbeck**

Dieter Skirde (Sprecher)
Pater-Hardt-Straße 17
48329 Havixbeck
Tel.: 02507-570122

www.gruene-havixbeck.de
fraktion@gruene-havixbeck.de

17.02.2011

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Ratsmitglieder, sehr geehrter Herr de Carné, meine Damen und Herren,

die Empörung über das Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 ist groß. Schließlich sind mit diesem Gesetz gravierende Einnahmeverluste für die Kommunen im Münsterland verbunden. Wenn es auf der anderen Seite dann auch noch Gewinner gibt, empfindet das eine negativ betroffene Gemeinde schnell als ungerecht. Am Ende der Entrüstung steht dann oftmals das Ende der Solidarität.

Solidarität ist in unseren sozialen Sicherungssystemen schon längst auf dem absteigenden Ast. Die Zwei-Klassen-Gesellschaft nimmt Konturen an. Der Satz „Jeder muss sehen, wo er bleibt.“ ist zur Lebensphilosophie geworden und spiegelt den Zeitgeist unserer Gesellschaft wieder.

Für die CDU-Fraktion aus Havixbeck gehört unsere Gemeinde zu den großen Verlierern des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 und deshalb schreibt sie in ihrer Resolution, dass mit diesem Gesetz der Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf gleichwertige Lebensverhältnisse verloren gehe. Recht starker Tobak, wie ich finde.

Mit Verlaub, meine Damen und Herren aus der CDU, gerade diesen Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse, hat der Verfassungsgerichtshof NRW angestrebt, als er der Landesregierung die Anpassung der Grunddaten ins Stammbuch schrieb. Allerdings schon vor der Regierungsübernahme durch Rot-Grün. Und im Kern hieß das nichts anderes, als die angemessene Berücksichtigung der Soziallasten einer Kommune beim Gemeindefinanzausgleich. Diese Rechtsprechung wurde jetzt umgesetzt.

Und zu meinen Kollegen aus der FDP-Fraktion möchte ich sagen: Ihr ehemaliger Innenminister Wolf war es doch, der schon 2009 in Richtung ifo-Kommission bekannt gegeben hat, dass der Gewichtungsfaktor für Soziallasten von 3,9 auf 12,4 ansteigen müsse. Erhöht hat diesen Faktor jetzt Rot-Grün, allerdings zunächst nur auf den Wert 9,6. Warum nun plötzlich diese Empörung?

Kommen wir zurück zu der Sorge der CDU nach Verlust gleichwertiger Lebensverhältnisse. Dazu ein kleiner Vergleich: Wenn ich zu meinen Eltern nach Dortmund fahre, komme ich durch den Vorort Bodelschwingh nach Westerfilde. Die beiden Vororte haben zusammen gut 13000 Einwohner, sind also von der Größenordnung durchaus vergleichbar mit Havixbeck. Es gibt dort 2 Grundschulen, 1 Hauptschule, 1 Realschule und 2 Fußballvereine. Alle teilen sich gemeinsam einen erneuerungsbedürftigen Ascheplatz und zwei kleine, ältere Turnhallen. Von einem Leichtathletikstadion mit Tartanbahn oder einem Freibad in unmittelbarer Nähe des Wohnortes ganz zu schweigen. Es gibt 1084 Arbeitslose, 1044 Bedarfsgemeinschaften, 3983 Migranten. Der Leerstand von Wohnhäusern liegt bei 5%, das sind über 200 Wohnungen. Einfamilienhäuser dort: nahezu Fehlanzeige.

Sie alle kennen die entsprechenden Vergleichszahlen aus Havixbeck. Wo bitte, sollen hier die gleichwertigen Lebensbedingungen verloren gehen, wenn Dortmund von den veränderten Schlüsselzuweisungen profitiert? Es gibt nun mal deutlich strukturschwächere Regionen als das Münsterland. Und alles damit zu erklären, dass man dort nicht Wirtschaften könne, ist sicherlich zu einfach. Zumal unsere Haushaltsdefizite vermuten lassen, dass wir erfolgreiches Wirtschaften ebenfalls noch lernen müssen.

Nun kann man über den Zeitpunkt des Gesetzentwurfes diskutieren, über die mangelhafte Beteiligung von Kommunen und Kommunalen Spitzenverbänden im Vorfeld der Erstellung. Man kann generell die Kommunikationspolitik der Landesregierung anprangern. Aber: Wogegen wollen wir eigentlich juristisch vorgehen und klagen? Gegen einen längst überfälligen Akt der Solidarität? Was bitte sind denn ausgewogene Neuberechnungen? Und wie sieht denn eine gerechte Verteilung der Finanzmittel aus, meine Damen und Herren aus der CDU?

Ich bin sicher, wir werden diese Fragen heute kaum beantworten können. Und Gott sei Dank, müssen wir das auch nicht. Allerdings muss der Bund Antworten finden, beginnend beim Länderfinanzausgleich. Die jeweils amtierenden Bundesregierungen müssen endlich Verantwortung für die permanent steigenden Soziallasten übernehmen. Sie selbst haben die grundlegenden Sozialgesetze verabschiedet. Die Aufwendungen jetzt einfach nur nach unten weiter zu geben, ist nicht ausreichend. Die Schieflage der kommunalen Kassen kann nur beendet werden, wenn der Bund für NRW mindestens 2 Mrd. € der Soziallasten übernimmt.

Eine Resolution, die also den Bund zum Handeln auffordert, würden Bündnis 90 / Die Grünen gerne unterstützen. Die heute vorgelegte Resolution der CDU-Fraktion lehnen wir hingegen strikt ab.



Dieter Skirde
(Fraktionssprecher)